

Soziale Ungleichheit vom 19. bis zum 21. Jahrhundert: Workshop des Archivs für Sozialgeschichte

Veranstalter: Archiv für Sozialgeschichte

Datum, Ort: 20.11.2013-21.11.2013, Bonn

Bericht von: Stefan Müller, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Der diesjährige Autorenworkshop des Archivs für Sozialgeschichte (AfS) zur Vorbereitung des für Oktober 2014 terminierten Bandes widmete sich mit dem Thema sozialer Ungleichheit einer klassischen Frage der Sozialgeschichtsschreibung, die für das AfS zwar nicht neu ist, aber keineswegs immer Konjunktur hatte.

Nach Begrüßung und Vorstellung durch Meik Woyke (Bonn), stellte DIETMAR SÜSS (Augsburg) einleitend fest, dass soziale Ungleichheit im AfS erst mit den späten 1970er-Jahren intensiver reflektiert wurde, als die Sozialgeschichte generell mit großer Selbstverständlichkeit über soziale Ungleichheit diskutierte, solche Untersuchungen gar als „Königsweg der Sozialgeschichte“ (Hartmut Kaelble) galten. Mit dem „cultural turn“ sei der Blick dann auf Ungleichheiten nach Geschlecht oder Ethnie gerichtet worden, was, so Süß kritisch, auch an der anklagenden Haltung einer in marxistischer Tradition stehenden Geschichtswissenschaft gelegen haben mag. Insofern würde die Geschichtswissenschaft nun erst seit Kurzem wieder die Frage sozialer Praktiken von Ungleichheit aufgreifen. Unabhängig von den Forschungskonjunkturen vertrat Süß stellvertretend für die Redaktion die Auffassung Hans-Ulrich Wehlers, dass Ungleichheit ein konstituierendes Merkmal moderner Gesellschaften sei. Als zentrales Forschungsproblem benannte Süß die nationale Orientierung dieser Forschung. Globalhistorische Fragen würden zwar zunehmend diskutiert, stünden allerdings noch vor methodischen Herausforderungen.

Hieran anknüpfend skizzierte WINFRIED SÜSS (Potsdam / Wuppertal) im ersten Panel eine Geschichte sozialer Ungleichheit seit den 1880er-Jahren. Die Periodisierung begründete er mit dem Einsetzen moderner Verteilungskämpfe im Kaiserreich, wie generell erst

mit dem Kaiserreich soziale Ungleichheit als Problem der politischen Ordnung behandelt worden sei. Kaiserreich und auch die Weimarer Republik seien dann noch an fehlenden Lösungen für soziale Ungleichheiten gescheitert, der Erfolg der Bundesrepublik hingegen sei wesentlich durch den sozialen Ausgleich zu erklären. Allerdings könnten auch Wohlfahrtsstaaten marktverursachte Disparitäten nicht nur nicht vollkommen ausgleichen, sondern erzeugten selbst zwingend Ungleichheitsrelationen. Ein neueres Phänomen sozialer Ungleichheitsproduktion seien zudem selbstgewählte Lebensstile. Auf kritische Nachfrage verwies Süß auf die Alleinerziehenden. Diese seien ohne Zweifel in besonderem Maße von Armut betroffen, die Entscheidung hierfür werde aber dennoch von Individuen getroffen. Schließlich konstatierte Süß, dass zwar eine Geschichte der Armut vorliege, die Komplementärgeschichte des Reichtums aber nach wie vor ein Desiderat darstelle. Die Kritik Ute Planerts an einer zu präsentischen Diskussion und ihr Hinweis, auch traditionelle Gesellschaften hätten Probleme und Modi im Umgang mit sozialer Ungleichheit oder Prekarität gehabt, konnte aus Sicht des Rezensenten nicht gänzlich ausgeräumt werden.

CHRISTOPH WEISCHER (Münster) stellte ein aus drei Arenen bestehendes analytisches Modell zur Analyse sozialer Ungleichheit vor (gesellschaftliche Produktion, Sozialstaat, private Haushalte). Im Ergebnis wiesen trotz der seit Mitte der 1970er-Jahre in Westdeutschland stattgefundenen Transformationsprozesse die Verteilung von Reichtum und Armut eine relative Stabilität mit einem Schwerpunkt in der Mitte der Gesellschaft auf (festgemacht an den Quintilen des Nettoäquivalenzeinkommens seit den 1960er-Jahren). Aufsteiger wären interessanterweise Rentnerinnen, Absteiger seit den 1980er-Jahren deutlich die Arbeitslosen. Neu sei das intensivere Heranziehen privater Haushalte zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten. Da es sich bei der Transformation seit den 1970er-Jahren um multidirektionale Prozesse handele, führten aktuelle Begriffe wie Neoliberalismus, Landnahme oder Vermarktlichung zu unterkomplexen Diagnosen. Potenzial sah Weischer hingegen noch im Begriff der reflexiven Mo-

derne. Im Anschluss wurde diskutiert, dass die gesellschaftlichen Diskurse entgegen den Ausführungen Weischer einen Zuwachs an sozialer Ungleichheit konstatierten. Verschiedene Diskutanten warnten vor der Dramatisierung der sozialen Situation oder sprachen von einer „moral panic“ angesichts von Hartz IV. Weischer argumentierte, dass sich die Spannung zwischen empirischen Befunden und dramatischer Skizzierung aus der selektiven Deregulierung ergebe. So träfe es vor allem die Schwächsten, deren Haushalte soziale Ungleichheit und den Wandel vom Familien- zum Individuallohn nicht kompensieren könnten.

Die Diskussion gelangte aus Sicht des Berichterstatters allzu schnell zum Befund, gegenwärtig sei eine Diskrepanz von sozialer Stabilität und aufgeregter öffentlicher Wahrnehmung zu verzeichnen. Diese Kritik gilt angesichts nur eines empirischen Tagungsbeitrags über soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik, aber auch, da an dieser Stelle der Debatte auf die Problematik hingewiesen wurde, moderne Sozialstatistiken zu historisieren.

Den Panelabschluss bildete DIRK KRATZ (Hildesheim) mit einer in der Tradition von Fritz Schütze stehenden, qualitativen Untersuchung zu den Wirkungen professionellen Handelns in der Arbeits- und Berufsvermittlung auf Arbeitslose. Anhand eines Fallbeispiels diskutierte Kratz die These, wonach Langzeitarbeitslose ihre Lebenslage als biografische Prozessstrukturen rekonstruieren, die über multiple Formen des Verlustes ein mehrdimensionales Entfremdungserlebnis generieren. Sein übergreifendes Ziel sei die Entwicklung eines theoretischen Modells von Entfremdung im empirischen Sinne. Kratz betonte, dass es in den Sozialwissenschaften einen Nachholbedarf in der Biografieforschung gebe und es an Detailanalysen mangle.

Das zweite Panel eröffneten CHELION BEGASS und JOHANNA SINGER (beide Tübingen) mit einem Beitrag über das vermeintliche Paradoxon des armen Adels im 19. Jahrhundert. Tatsächlich ließe sich anhand erhaltener Bittschreiben eine verarmte Adelschicht sondieren, der jedoch mit den gängigen Kategorien von Klasse und Stand nicht beizu-

kommen sei. Begass und Singer schlugen vor, sich zur Perspektivenerweiterung der Intersektionalitätsforschung zu bedienen. Die reine Addition einer Kategorien wie Geschlecht reiche nicht aus, um adelige Lebenslagen im 19. Jahrhundert zu erfassen, notwendig seien mehrdimensionale, nichtadditive Zugänge, die so beispielsweise den Ehestatus, Verwitwung usw. erfassen. EVA MARIA GAJEK (Gießen) löste dann anhand der Darstellung des 1912/13 von Rudolf Martin herausgegebenen Jahrbuches des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen die Forderung von Winfried Süß ein, sich dem Reichtum zuzuwenden. Martins Ziel sei es gewesen, in einer Zeit intensiver öffentlicher Steuerdiskussion Transparenz herzustellen. Nach anfänglichem Protest und auch juristischen Interventionen gegen die Publikation sei das Jahrbuch schließlich zu einem Kommunikationsmittel der Oberschichten geworden, die selbst Korrekturen an Martin sandten. NINA TRAUTH (Trier) fragte als dritte Panelistin, wann Armut im Sinne sozialer Ungleichheit erstmals Thema von Ausstellungen geworden sei. Ihre für dieses nahezu unerforschte Feld diskutierte These lautete, dass sich Armutsausstellungen bzw. exhibitionistische Darstellungen von Armut im 19. Jahrhundert als moralischer Appell an die Öffentlichkeit wandten, aber erst im 20. Jahrhundert Armut als explizit künstlerischer Beitrag dargestellt werden konnte. So verschieden die Themen des zweiten Panels waren, so verdeutlichten sie Desiderate vermeintlicher Nebenthemen sozialer Ungleichheitsforschung. Die Jahrbücher Martins bilden zwar eine Standardquelle der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, sind aber selbst bisher nicht historisiert worden. Ebenso wissen wir wenig über öffentliche, visualisierte Armutsdiskurse.

Das dritte Panel wandte sich urbaner, an Quantität und Qualität vorhandenen Wohnraums festzumachender Armut zu. CHRISTIANE REINECKE (Hamburg) unterzog die Wissensproduktion und den verwaltungspraktischen Umgang mit Obdachlosigkeit in Frankreich und der Bundesrepublik einem Vergleich. In beiden Ländern wurde Obdachlosigkeit zunächst als zentrales Armutsphänomen diagnostiziert und Obdachlose durch wohnlagenspezifische Lösungen einem Re-

sozialisierungsprozess unterzogen. In Frankreich wie in Deutschland wurden diese Programme in den 1970er-Jahren einer tiefen Kritik unterzogen, die aus der Verwaltung selbst stammte. Geändert hatte sich vor allem die Sicht auf Betroffene. Nicht mehr individuelles Fehlverhalten, sondern gesellschaftspolitische Hintergründe wurden nun als Ursachen von Armut und Obdachlosigkeit ausgemacht, und es wurde mit diesem Perspektivenwechsel die vorgehende Verwaltungspraxis als Produktion von Randständigkeit kritisiert. MARCEL VOM LEHN (Jena) diskutierte das Wohnungsprivatisierungsprogramm in Frankfurt am Main seit Beginn der 1980er-Jahre. Wurde die Umwandlung von Wohnin-Büroraum zu Beginn noch über die Parteien hinweg kritisiert, hatte sich der Blick auf dieses urbane Problem bis in die 1990er-Jahre vollständig gewandelt. Trotz nicht vorhandener Sachzwänge habe es nun einen gesellschaftlichen Privatisierungskonsens gegeben, in dem nur noch der Modus zur Debatte gestanden habe. In den 1990er-Jahren sei soziale Ungleichheit dann nicht mehr als zu bekämpfendes Übel, sondern als unabwendbar betrachtet worden. In der anschließenden Diskussion wurde kritisch hinterfragt, ob der Blick alleine auf Diskurse nicht Realität exkludiere. Christiane Reinecke begegnete diesem Argument schon im Vortrag damit, die unterschiedlichen Programme und Gutachten als Selbstbeschreibungen der Gesellschaften zu lesen. Marcel vom Lehn wiederum wollte explizit keine Verfallsgeschichte des öffentlichen Wohnungsbaus verfassen.

Das vierte Panel wandte sich dem staatlichen Umgang mit Armut zu. SONJA MATTER (Bern) diskutierte anhand der schweizerischen Armenpflegekonferenz die Bedeutung von Armenfürsorge für die Herausbildung eines schweizerischen Nationalbewusstseins. So wurde ab etwa 1900 zunehmend zwischen lediglich kantonsfremden Bedürftigen und anderen „Ausländern“ in der Frage unterschieden, ob diese Unterstützung erfahren oder in ihre Heimatgemeinden bzw. -länder „rückgeschafft“ werden sollten. Da es sich im Wesentlichen um eine lokale Praxis handelte, in der Aufnahmegemeinden mit Heimatgemeinden über einen finanziellen Ausgleich verhandelten, kann ein nation-

aler Diskurs dort nicht ausgemacht werden, er spielte allerdings in den internationalen, bilateralen Niederlassungsverträgen eine Rolle. JÜRGEN SCHALLMANN (Göttingen) untersuchte im zweiten Vortrag die Fürsorgepraxis in Göttingen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zentrales Ergebnis sei, dass auch hier die lokale Praxis, zumeist in personalisierter Form des Armenpflegers und als Teil bürgerlicher Identität, über die konkrete Ausrichtung der Fürsorge entschied. Eine Bürokratisierung der Armenfürsorge sei erst ab den 1890er-Jahren auszumachen. Insoweit stütze der Beitrag die anfängliche Periodisierung durch Winfried Süß.

Die Sektionen 5 und 6 kehrten dann zu zeit-historischen Fragestellungen zurück. WILFRIED RUDLOFF (Kassel) lenkte den Blick auf den sich in der Bundesrepublik seit Mitte der 1960er-Jahre grundlegend verändernden Bildungsdiskurs. Soziale Ungleichheit sei eine zentrale Kategorie geworden, die Ausschließungsmechanismen des westdeutschen Bildungssystems seien in den Fokus gerückt, der traditionelle Begabungsbegriff zu Grabe getragen und der Reformfokus auf die Integrierten Gesamtschulen gerichtet worden. Mit dem Scheitern der Gesamtschulen in Hessen und Nordrhein-Westfalen Mitte der 1970er-Jahre habe sich jedoch das realpolitische Reformfenster geschlossen. In den 1980er-Jahren fand dann mit den Debatten um Elitelförderung und Spitzenbegabungen eine Umkehrung des Diskurses statt. In der Debatte verwies Rudloff auf die Rolle der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in den 1960er-Jahren, vermittelt über Ralf Dahrendorf, sowie dem „policy borrowing“ am Beispiel der Gesamtschule und bestätigte die einleitend von Dietmar Süß angesprochene Bedeutung der internationalen Dimension. JAN STOLL (Kiel) diskutierte anschließend anhand des Vereins „Lebenshilfe“ das Aufkommen von Behinderung als Kategorie sozialer Ungleichheit. Die Gründung der „Lebenshilfe“ 1958 fand mit dem expliziten Ziel statt, der sozialen Exklusion geistig Behinderter entgegenzuwirken. Bis in die 1970er-Jahre hinein wurden die Debatten um Behinderung jedoch noch durch die Kriegsversehrten und ihre Verbände geprägt und dominiert, eine gesetzliche Gleichstellung er-

folgte erst 1974. Als Katalysatoren wirkten der Contergan-Skandal 1961 und die ZDF-Lotterie Aktion Sorgenkind 1964. Der Ansatz von Lebenshilfe, geistig Behinderte in ihr Familienleben zu integrieren, sei rund 20 Jahre später, so Wilfried Rudloff in der Diskussion, als Exklusionsmechanismus kritisiert worden. Der dritte Beitrag des Panels, in dem CHRISTOPH LORKE (Münster) die diskursiven Aushandlungskämpfe um die „Neue Armut“ in der Bundesrepublik ab 1982/83 analysierte, wäre in der folgenden Sektion besser aufgehoben gewesen. Zeitgenössische Selbst- und Fremdzuschreibungen aufgreifend, unterschied Lorke drei Dimensionen dieser Debatte: 1. Die Dramatisierung der neuen Armut, insbesondere seitens der Gewerkschaften, 2. Strategien der Beschwichtigung und Zurückdrängung durch die Bundesregierung sowie 3. die Medialisierung von Armut. Auf in der Diskussion geäußerte Kritik an der Übernahme zeitgenössischer Kategorien entgegnete Lorke, ihm ginge es um kommunikative Aushandlungen und weniger um Realstrukturen. Winfried Süß argumentierte, dass in den 1980er-Jahren weniger über Armut als über Sicherheit diskutiert wurde und führte hierfür die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am neuen Verweisungssystem von der Arbeitslosenversicherung in die Sozialhilfe an.

Im sechsten Panel stellte SARAH HASS-DENTEUFEL (Frankfurt am Main) die Debatte um die „Neue Armut“ im Frankreich der 1980er-Jahre vor. Anders als in der Bundesrepublik wurde die „neue Armut“ in Frankreich auch seitens der Regierung oder kommunaler Selbstverwaltungen konstatiert. So sprach zwar die französische Politik von einer „neuen Armut“ und stellte deren Vordringen in die gesellschaftliche Mitte fest, begegnete dieser jedoch mit „alten“ Konzepten der Armutsbekämpfung (Lebensmittelunterstützung, Übernahme von Mietschulden etc.). Allerdings habe, so vermutet Haßdenteufel, die „Neue-Armut“-Debatte in Frankreich die Diskussion um den Mindestlohn befeuert. JENNY PLEINEN (Trier) schließlich untersuchte die Debatten um Health Inequalities im britischen Gesundheitssystem in der Ära Thatcher. Der noch von Labour 1977 in Auftrag gegebene „Black report“ ermittelte insbesondere

unterschiedliche Mortalitätsraten von Arbeitern und Führungskräften. Die Ursachen wurden jedoch nicht im National Health System (NHS) gesucht, sondern in der Sozialpolitik. Trotz vielfacher und regelmäßig geäußelter Kritik am NHS gäbe es eine weitgehende Zufriedenheit mit dem NHS, was dessen Effizienz (nicht Effektivität) zugerechnet wird.

Die Tagung bot einen breiten Fächer an neuen sozialgeschichtlichen Forschungsthemen und Ansätzen, die einen vielversprechenden AfS-Band erwarten lassen. Dass das 19. Jahrhundert gewisse Lücken aufwies, dürfte eher Resultat der Forschungs- und nicht zuletzt Berufungsschwerpunkte im Fach sein, als dass es den Organisatoren zuzuschreiben ist. Als offene Flanke nimmt der Berichterstatter den gelegentlich fehlenden Link zwischen „Real“- und „Diskurs“-Geschichte und den Umgang mit sozialstatistischen Daten der Zeitgeschichte wahr. Hier dürften in der nahen Zukunft einige methodische Herausforderungen liegen.

Konferenzübersicht:

Meik Woyke (Bonn) / Dietmar Süß (Augsburg), Begrüßung und Einführung

Panel 1

Winfried Süß (Potsdam / Wuppertal), Klassen, Rassen, Lebensstile. Soziale Ungleichheit in der Industriemoderne

Christoph Weischer (Münster), Soziale Ungleichheit in einer sich wandelnden Industriegesellschaft

Dirk Kratz (Hildesheim), Abwärtsspiralen. Autobiographische Erzählungen Langzeitarbeitsloser in Zeiten von „Hartz IV“

Panel 2

Chelion Begass / Johanna Singer (beide Tübingen), Arme Frauen im Adel. Neue Perspektiven sozialer Ungleichheit im Preußen des 19. Jahrhunderts

Eva Maria Gajek (Gießen), Sichtbarmachung von Reichtum: Das Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre für Preußen

Nina Trauth (Trier), ‚Why poverty matters‘. Zur Vermittlung der Geschichte sozialer Ungleichheit in Armutsausstellungen

Panel 3

Christiane Reinecke (Hamburg), Topographien der Randständigkeit: Urbane Problemzonen und die Herstellung sozialer Marginalität als Problem in Westdeutschland und Frankreich

Marcel vom Lehn (Jena), Manhattan exklusiv? Soziale Ungleichheit im Frankfurter Privatisierungsprozess seit den 1980er-Jahren

Panel 4

Sonja Matter (Bern), Armut und Migration. Die Rolle der Philanthropie in der Fürsorge für „bedürftige Fremde“ an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

Jürgen Schallmann (Göttingen), Zur Praxis der Armenfürsorge in einer Mittelstadt: Arme und Armut in Göttingen 1860-1914

Panel 5

Wilfried Rudloff (Kassel), Ungleiche Bildungschancen: Bildungsforschung, öffentlicher Diskurs und Bildungsreform in der Bundesrepublik

Christoph Lorke (Münster), Verdrängung, Beschönigung, Exterritorialisierung. „Armut“ und die politische Kultur der Bundesrepublik, exemplifiziert anhand der Debatte um die „Neue Armut“

Jan Stoll (Kiel), „Behinderung“ als Kategorie sozialer Ungleichheit. Entstehung und Entwicklung der „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ in der Bundesrepublik in den 1950er- und 1960er-Jahren

Panel 6

Sarah Haßdenteufel (Frankfurt am Main), Debatten um die „Neue Armut“ im Frankreich der 1980er-Jahre

Jenny Pleinen (Trier), Ungleiche Lebenschancen in liberalen Demokratien. „Health Inequalities“ in Großbritannien

Tagungsbericht *Soziale Ungleichheit vom 19. bis zum 21. Jahrhundert: Workshop des Archivs für Sozialgeschichte*. 20.11.2013-21.11.2013, Bonn, in: H-Soz-u-Kult 04.03.2014.